Ausgabe 2 März/April 1999

René Talbot:

SPD grotesk

Der SPD-Sozialexperte Rudolf Dressler fordert die Kürzung der Sozialhilfe für Jugendliche, die zumutbare Ausbildung oder Arbeit ablehnen.

Arbeit ablehnen.

Der Staat könne aber niemanden, und schon gar nicht Jugendliche, zum Betteln oder Stehlen zwingen, wenn sie oder ihre Familie über keine ausreichenden Einkünfte verfügten.

Wenn aber der Aufnahme einer Lehre, einer berufsvorbereitenden Maßnahme oder einer Arbeit keine zwingenden persönlichen oder medizinischen Gründe entgegenstünden, müsse bei Verweigerung die Sozialhilfe

spürbar gekürzt werden, sagte Dressler. Im Wiederholungsfall solle die abgesenkte Sozialhilfe nicht mehr bar, sondern nur noch in Sachwerten oder Gutscheinen geleistet werden.

Damit reagierte der SPD-Fraktionsvize auf die Forderungen von IG-Metall-Chef Klaus Zwikkel, ausbildungsunwilligen Jugendlichen gar keine Sozialhilfe mehr zu zahlen.

Die Offensive läuft, brecht den faulen Jugendlichen die Verweigerungshaltung, wenn sie mit dem, was an Arbeits- und Ausbildungsbedingungen angeboten wird, nicht einverstanden sind. Der Chef der IG Metall in Koalition mit der Familienministerin auf Strafexpediton: Ich erinnere mich noch gut, wie den
Aslybewerbern ein Arbeitsverbot
während der Dauer ihres Verfahrens verordnet wurde: als Strafexpedition der damaligen Regierung. Jetzt deklariert die SPD,
was für sie staatstragend ist:
Für Jugendliche, die nicht arbeiten wollen, sollen Arbeitsplätze geschaffen werden, die zu
besetzen Asylbewerbern verboten
wird.

Deutschland, ein Arbeitslager!